

In dieser Ausgabe:

Seite 2:
Neues aus der
Stadtratsfraktion
DieLinke

Seite 3:
Der Vorsitzende hat
das Wort

Seite 4:
Neues aus der
Basisgruppe
Kochstedt

Seite 5:
Vor 75 Jahren:
Von der Halblegalität
in die Illegalität

Seite 7:
Die Linke im
Bundestag: Katalog
der Grausamkeiten
der Großen Koalition
1. Teil

Rosa und Karl, wir haben und werden Euch nicht vergessen!

Es war ein schöner Tag, Sonnabend, der 13.01.2008, kalt und sonnig. Wir waren zahlreich erschienen und in guter, dem Anlass angemessener Stimmung. Viele hatten Blumen mit, eine kleine persönliche Aufmerksamkeit, ein würdiger Rahmen. Rosa und Karl hätten sich gefreut, uns so zu sehen. Wir haben und werden Euch nicht vergessen! Wenn wir heute ihr Vermächtnis ehren, dann in Bewunderung ihres Mutes, Neues zu wagen. Sie kämpften damals unter sehr schwierigen Bedingungen, nach dem verlorenen Krieg und ohne

gesellschaftliche Erfahrung in Deutschland, wie der Weg zur Demokratie erfolgreich gemeistert werden kann. Sie kämpften gegen Militarismus und Krieg, für Frieden, Toleranz und Demokratie, links von der SPD. Sie wurden ermordet, weil sie in den Augen der reaktionären Rechten „Volksverräter“ waren.

Die aktuelle politische Parallele fällt auf. Auch wir kämpfen links von der SPD, weil es nötig war, ist und immer sein wird. So die politische Erfahrung und unser Auftrag, unkommentiert. Dass mittlerweile die linken Kräfte in der SPD stärker werden und überhaupt in den demokratischen Parteien soziale Ziele die bisherige überwiegend neoliberale Reaktion auf die Globalisierung zurückdrängen, ist hoffnungsvoll, bedarf aber permanenten Druckes durch uns.

Es ist gut, dass wir nun eine gesamtdeutsche Partei sind. Erste Erfolge im Westen sind in Bremen eingetreten und in Hessen, Niedersachsen, Hamburg sowie Bayern zu erwarten. Auch wenn nicht im ersten Anlauf

der Sprung in die Landtage gelingen sollte, unsere Argumente sind allerorts aktuell, man hört sie und greift sie auf. Als wir nur zwei Abgeordnete im Bundestag hatten, haben diese Mindestlohn gefordert und wurden von allen anderen Abgeordneten mitleidig belächelt, schon vergessen?

Es lohnt sich, rechtzeitig und gebetsmühlenhaft die richtigen gesellschaftlichen Ziele zu benennen und uns für deren Erfüllung einzusetzen, auch und besonders in unserer Region Dessau-Roßlau. Das erfordert von uns Einsatzbereitschaft und Kompetenz sowie nicht zuletzt zu überzeugen, dass wir gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften dafür kämpfen, das Leben in unserer Region



attraktiv zu gestalten, indem wir tolerant miteinander und unseren politischen Gegnern umgehen, die Schwachen in unserer Mitte fördern und unterstützen, die Wirtschaftskraft erhöhen, unsere Natur erhalten und konsequent auf Investitionen in Bildung und Kultur setzen, als Basis gegen Intoleranz und Ausgrenzung.

Dazu gutes Gelingen,
die Redaktion



Neues aus der Stadtratsfraktion der Partei **DIE LINKE** Dessau-Roßlau

Arbeitsplan der Fraktion 1. Hj. 2008

Wir haben uns Gedanken gemacht, um für das neue Jahr politische Schwerpunkte zu setzen, die zur Lösung wichtiger städtischer Aufgaben beitragen. Dies betrifft soziale wie auch wirtschaftliche Entscheidungen.

<u>Termine</u>	<u>Ort</u>	<u>Arbeitsschwerpunkte</u>	R. Schönemann <u>verantwortlich</u>
14. 01. 2008	Geschäftsstelle	- Arbeitsplan 1. Halbjahr 2008 - Neujahrsempfang - Konzept Kindertagesstätten - Unterschriftenaktion, Vockerode und Wörlitz - Intendant des Anhaltisches Theaters	H. Krüger R. Schönemann F. Hoffmann R. Schönemann u. H. Krüger R. Schönemann u. A. Sanftenberg H.-J. Pätzold
05. 01. 2008	DWG	- Stärkung des Eigenbetriebes	R. Schönemann
28. 01. 2008	Geschäftsstelle	- Vorbereitung Stadtratssitzung	R. Schönemann
09. 02. 2008	Wörlitz	- Klausur der Fraktion	R. Schönemann
14. 02. 2008	Meisterhäuser	- Neujahrsempfang	M. Andrich
25. 02. 2008	Geschäftsstelle	- Freundeskreis Stadtwerke - Hartz IV aktuell	R. Schönemann . K. Stöbe
10. 03. 2008	Geschäftsstelle	- Vorbereitung Stadtratssitzung Themen im Hauptausschuss	R. Schönemann H.-J. Pätzold
27. 03. 2008	Ortschaftsrat	- Beratung zur Hauptsatzung Roßlau	R. Schönemann u. F. Hoffmann
31. 03. 2008	Geschäftsstelle	- städtisches Eigentum nach Prüfung F. Hoffmann	R. Schönemann u.
21. 04. 2008	Geschäftsstelle	- Vorbereitung Stadtratssitzung - Konzept „Bauhausstadt an der Elbe“	R. Schönemann K. Stöbe
		- Themen im Wirtschaftsauss.	S. Stabbert-Kühl
28. 04. 2008	DB Fahrzeug- instandsetzung	- Betriebsbesichtigung	H. Krüger
30. 04. 2008	Roßlau	- Vorabend des 1. Mai	F. Hoffmann
01. 05. 2008	Stadtpark	- 1. Mai	R. Schönemann
05. 05. 2008	Agentur für Arbeit	- Wie weiter mit der ARGE?	H. Ehlert
19. 05. 2008	Bundesumweltamt	- „Dessau Stadt des Bundes- umweltamtes“, Konzeption	R. Schönemann u. H. Krüger
02. 06. 2008	Geschäftsstelle	- Vorbereitung Stadtratssitzung - Themen des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport	R. Schönemann K. Stöbe u. A. Sanftenberg
16. 06. 2008	Industriehafen Roßlau	- Betriebsbesichtigung	W. Sauermilch
30. 06. 2008	Geschäftsstelle	- Sachstand, Bewertung städtischer Beteiligungen	R. Schönemann

Neue Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zu den Kosten der Unterkunft seit 01.01.2008

Seit dem 01.01.2008 gelten in der Stadt Dessau-Roßlau neue Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft. Zwei Jahre waren die vom Stadtrat beschlossenen Richtlinien der Unterkunftskosten gültig. Auf Grund des Zusammenschlusses der Stadt Dessau und der Stadt Roßlau sowie den gestiegenen Preisen bei Heiz- und kalten Neben- bzw. Betriebskosten wurde eine Überarbeitung der Richtlinie beschlossen.

Was hat sich nun geändert.

Ausgangspunkt der Berechnung sind nach wie vor die Wohnungsgröße und die dazu gehörenden kalten und warmen Nebenkosten. Dabei geht die Richtlinie davon aus, wenn sich die Aufwendungen der Mieter/Mieterinnen in der Gesamtmiete bewegen, die Kosten bis zur Höhe der Gesamtmiete erstattet werden. Neu ist, dass gegenüber dem bisherigen Spielraum von 15,00 € jetzt ein Härteausgleich eingearbeitet ist, der unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden kann.

Neu ist auch, dass es für Leistungsberechtigte mit gesundheitlichen Einschränkungen (Personen mit einem Behinderungsgrad über 80% und dem Merkzeichen „aG oder Bl“) eine eigenständige Regelung gibt. **Neu ist, dass für Hausbesitzer das Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts greift** und die Berechnung der Unterkunftskosten analog den Berechnungen für Mietwohnungen erfolgt.

Bei den 3- bis 5-Personen-Haushalten hat sich die Bemessung der Wohnfläche um jeweils 5 m² erhöht, die zu zahlenden Kosten der Unterkunft wurden dementsprechend angepasst. Geregelt ist in den Richtlinien auch die Verfahrensweise für die Unterkunft im Frauenhaus, in Obdachlosenunterkünften und in Übergangswohnheimen. Es wird in der Richtlinie die Angemessenheit, der Umgang mit Darlehen, Beihilfen, Guthaben und Nachzahlungen definiert.

Die vom Stadtrat beschlossene Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Kosten für die Unterkunft und Heizung kann in der Geschäftsstelle, Karlstr. 4 in Dessau-Roßlau, eingesehen werden.

Die Fraktion „Die Linke“ im Stadtrat Dessau-Roßlau wird auch in diesem Jahr Betroffene weiter begleiten.

Unsere Öffnungszeiten sind:

Montags bis Donnerstags von 14.00 18.00 Uhr und Freitags von 09.00 bis 12.00 Uhr.

Monika Andrich u. Karin Stöbe

Die Fraktion ist erreichbar: Alte Mildenseer Straße 17, 06844 Dessau,
Tel.:0177 2632565, Mail: pdsfraktiondessau@datel-dessau.de

Der Vorsitzende hat das Wort:

Liebe GenossInnen und LeserInnen,

es ist die fünfte Jahreszeit, die Zeit der Narren und Jecken. Da frage ich mich, ob das alles ernst gemeint ist, was sich da auf der politischen Bühne abspielt? Ganz besonders intensiv drängt sich mir derzeit das hessische „Koch-Studio“ auf. Nach allem, was ich bisher verstanden habe, kämpft der hessische Ministerpräsident gegen Gewalt in unserer Gesellschaft. Die geht nach seiner Intention in erster Linie aus von den besonders gewaltbereiten Jugendlichen aus der Migrantenszene. Als Beispiel dient der bedauerliche Vorfall in München. Da frage ich mich, ob Herr Koch das Thema auch dann so hochstilisiert hätte, wären die Täter Rechtsextreme gewesen. Ich meine, er hätte auch Halberstadt wählen können, wo Schauspieler brutal verprügelt wurden und heute noch Zeugen Angst davor haben auszusagen. Vielleicht liegt es daran, dass keine Videoaufnahmen verfügbar sind, also zu geringe Medienwirksamkeit. Es tut mir leid um die Opfer. Es macht mich aber auch wütend, wenn von bekannten und erfahrenen Politikern, Herr Koch regiert schon lange Zeit und in den letzten Jahren mit absoluter Mehrheit, Zwietracht in die Gesellschaft gesät wird. Wie auch immer, er wird von unserer



Bundeskanzlerin unterstützt und macht immer weiter, allerdings etwas moderater, nachdem er bei seinem Vorschlag faire Gefängnishaft für Kinder wohl doch etwas zu weit gegangen war und zurückgerudert ist, er wurde wohl missverstanden. Auf jeden Fall ist es jetzt eine aktuelle hessische Option, in Sibirien so eine Art Jugenderziehungspraxis zu etablieren, die gewährleistet, dass jugendliche Mehrfachtäter unter einfachen Lebensbedingungen, losgelöst von der mitteleuropäischen Zivilisation, ohne Fernsehen und Internet (also auch ohne Gewaltfilme und -spiele und -videos) sich von der Gewalt abwenden. Ob das wirklich erfolgreich sein wird? Begünstigend wirken wohl dabei die tiefe Temperatur, denn bei minus 40 Grad Celsius macht Straßenterror keinen Spaß. Als „Letztes“ aus dem besagten „Koch-Studio“ wird gemeldet, dass die rot-rote Gefahr drohe. Wer SPD wählt, wählt die Kommunisten. Das Ganze verbunden mit einer sehr unfairen Anspielung auf den ausländisch klingenden Namen der SPD-Kandidatin Ypsilanti. Dass Herr Koch nun unsere Partei so wirksam ins Rennen gebracht hat, danke ich ihm, das war eine gelungene Aktion. Ich glaube nun, und damit komme ich zum Schluss dieses Themas, dass Herr Clement mit seiner Aufforderung, die Kandidatin seiner SPD nicht zu wählen, weil sie kein „hessisches Energiekonzept“ biete, das den wirtschaftlichen Anforderungen des Hessenlandes entspricht, der „Bütt“ endgültig den Boden aus-

schlägt. Natürlich braucht man hessischen Atomstrom (so Herr Clement), aber an welchem Standort soll denn so ein neues hessisches Atomkraftwerk gebaut werden, in Hanau vielleicht? „Wollen wir ihn raus lassen (aus der SPD)?“ Helau!

Nun noch ein par Worte zum deutschen Steuerzahler. Der, so sagen es die modernen Gesellschaftsforscher, die sich mit dem Kind der Globalisierung befassen, nämlich dem „Super- oder auch Finanzkapitalismus“, ist eigentlich der Schuldige an allem Leid. Auf der einen Seite ist er Bürger unseres Landes und der Demokratie verpflichtet. Auf der anderen Seite ist er Konsument, unverbesserlich und hart. Er geizt, sucht nach Schnäppchen, nutzt alles, was der Staat bietet. Noch dazu legt er sein Erspartes an. Er fordert von den Banken hohe Zinsen für sein Geld, die brauchen das Geld, nehmen es und legen es an, mit hoher Rendite, versteht sich. Er nötigt sozusagen die Banker, risikoreich anzulegen, um noch höhere Renditen zu erzielen (es muss für sie ja auch etwas übrig bleiben). Dass nun die derzeitige Finanzkrise entstanden ist, die West-LB und andere Banken dumm dastehen, benötigt Unterstützung durch Kapital, vom deutschen Steuerzahler, von wem sonst. Schuld trägt er ja selbst, oder? Wie auch immer, es ist die fünfte Jahreszeit. ALAAAAF-Helau!

Hantho/80122

Gedanken zur Jugendkriminalität

Es wird sich beklagt über Jugendliche, die Gewalt auf andere ausüben, und es wird mit Fingern auf diese Gruppe gezeigt. Ja, ich kann mich nicht erinnern, je solche Gewalt in der DDR erlebt zu haben. Unsere Kinder hatten alle einen Beruf und waren mehr oder minder gebildet. In der Krippe oder im Kindergarten machte es keinen Unterschied, welcher Herkunft sie waren. Die Plätze in den Kindereinrichtungen einschließlich des Essgeldes waren für alle erschwinglich. Auch gab es eine gute und erschwingliche Mahlzeit für die Kinder. In der Schule gab es Büchergeld oder freie Bücher. Für jeden gab es interessante Freizeitangebote. Kein Kind musste auf der Straße leben oder dort seine Freizeit verbringen. Es gab Betriebskindergärten und Schulhorte, auch gute und günstige Sportvereine. Um den Nachwuchs wurde sich gekümmert. Es gab keine Studiengebühren und alle hatten die gleichen Voraussetzungen für eine Weiterbildung. Junge

Eltern konnten ihre Kinder in einen Uni-Kindergarten bringen und in Ruhe studieren.

Jeder hatte sein Auskommen und die Jugend hatte eine Perspektive. Unsere Jugendlichen waren gut ausgebildet und jeder konnte einen Beruf erlernen. Zwar nicht immer einen, den er wollte, aber er hatte einen Beruf. Ich sehe darin nichts, wofür man sich entschuldigen müsste, was für unsere Jugend in der DDR gemacht wurde. Niemand kann bestreiten, dass es für Kinder auch in den Ferien gute und bezahlbare Angebote gab. Betriebe stellten Kinderferienlagerplätze oder in den Schulen gab es Ferienspiele. Jeder konnte sich das leisten, auch Familien mit vielen Kindern. Ja unbestritten, es wurde gesorgt für unseren Nachwuchs. Heute werden die Jugendlichen missbraucht für die Ziele einiger weniger Politiker. Bei Herrn Clement (SPD) musste die Jugend dafür hinhalten, um Einsparungen bei den Sozialausgaben zu erreichen. Die unter 25-Jährigen wurden beschimpft, dass sie alle sofort von zu Hause ausziehen würden, um sich

Sozialleistungen zu erschleichen. Das in einer Größenordnung bei den unter 25-Jährigen von mindestens 25 %. Voran wurden die Medien benutzt, um einen Druck gegen die Jugendlichen aufzubauen. Als man das Gesetz durch hatte, hörte man ganz leise, so schlimm war es gar nicht, es handelt sich um 2% bis 3%.

Dafür darf nun der arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre zuhause bleiben und erhält weniger Leistung. Normalerweise hatten die Jugendlichen in der DDR in dieser Zeit eine Familie und Kinder. Heute muss die gleiche Gruppe wieder herhalten für den Sieg eines Herrn Koch und den der CDU. Auch hier spielen die Medien eine große Rolle. Es vergeht kein Tag, an dem nicht von kriminellen Jugendlichen geredet oder geschrieben wird. Dabei müssen vor allem ausländische Jugendliche herhalten.

Gibt es soviel Geschrei bei den Themen der Kinderarmut, Altersarmut und Sklavenlöhne? Diese Themen sind nicht populär und auf Dauer nicht medienwirksam.

G. Liebscher

Aus der Basisgruppe Kochstedt

Am 13. Dezember vorigen Jahres trafen sich die Genossen der Basisgruppe im Rathaus von Kochstedt. Auf Initiative von Rolf Müller ging es uns um eine Bestandsaufnahme der Struktur, Organisation, Mitglieder und der Beitragskassierung.

Durch den Zuzug von drei Genossen hat sich die Mitgliederzahl in Kochstedt auf 12 erhöht. Dies war ein Anlass, um uns über die weitere politische Arbeit in diesem Vorort zu verständigen und Ziele für das kommende Jahr vorzunehmen.

Dabei ist uns wichtig das vorhandene Potenzial zu bündeln, aber auch gleichzeitig in regelmäßigen Abständen alle politischen linken Kräfte in der Basisorganisation West zu organisieren.

So fällt es uns durch das hohe Durchschnittsafter der Genossen schwer, jeden Monat Basisgruppenversammlungen mit inhaltlichen Schwerpunkten durchzuführen. Ich denke dabei insbesondere an die Basisgruppe Zoberberg, wo ich bisher an der monatlichen Basisversammlung teilgenommen habe. Dabei wurde durch mich die Basisgruppe Kochstedt vernachlässigt. Wir wollen in diesem Jahr die politische Arbeit so gestalten, dass sich die Kochstedter Genossen ein Mal pro Quartal treffen - nächster Termin: Woche vom 25.-28.03.2008. Gen. Rolf Müller nimmt an den monatlichen Anleitungen im Stadtvorstand teil und verteilt die "Typisch" für die Mitglieder in Kochstedt. Unsere Stadträte Heidi Ehlert, Karin Stöbe und ich haben sich

bereit erklärt, abwechselnd nach Terminabstimmung an der Basisversammlung Zoberberg teilzunehmen. Die Gen. Sehl und die Gen. Pötzsch und Szperlinski sind gern bei uns eingeladen und wir bleiben auch in Verbindung zu den Mosigkauern.

Entscheidend ist jedoch die Regelmäßigkeit von Treffen und die Kommunikation untereinander. Für die Zukunft wünsche ich uns dabei ein gutes Gelingen und viel Erfolg.

H.-J. Pätzold



Rosa-Luxemburg-Stiftung nun auch in Sachsen-Anhalt zu Hause

Seit dem 17. Dezember 2007 gibt es nun auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt als parteinahe Stiftung der Partei DIE LINKE. Aber keine Angst, die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist nicht die Konkurrenz des Bildungsvereins Elbe-Saale, sondern ist der neue Name des Bildungsvereins.

Auf der Mitgliederversammlung am 17.12.2007 haben sich die Mitglieder einstimmig, wenn auch nicht mit leichtem Herzen, entschlossen, dass der Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt künftig den Namen Rosa Luxemburgs tragen wird.

Nach fast 15 Jahren Bildungsverein Elbe-Saale musste reiflich überlegt werden, welche Vor- und Nachteile eine solche Namensänderung mit sich bringt. Positiv auf jeden Fall ist, dass mit dem Namen Rosa Luxemburg ein klares politisches Bekenntnis verbunden ist und tiefsinnige Erläuterungen über die Rolle und Bedeutung von Elbe und Saale im Namen

eines parteinahen Bildungsvereins künftig wegfallen können. Die Nähe zur Partei DIE LINKE, aber auch zum Stiftungsverbund Rosa Luxemburg ist nun für alle sichtbar. Ein Wunsch vieler Mitglieder, aber auch der Bundesstiftung und auch vieler Kooperationspartner ist nun realisiert worden. Andererseits musste natürlich auch bedacht werden, dass der Bildungsverein seit 1993 Bildungsarbeit geleistet hat und der Name bei Kooperationspartnern bekannt war.

Als Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt knüpfen wir an diese Arbeit an und werden sie hoffentlich noch erfolgreicher fortsetzen. Dank der Unterstützung der Bundesstiftung stehen uns für die Arbeit neben Dirk Rumpf als Geschäftsführer, Dr. Arndt Hopfmann für die politische Arbeit und Gabriele Henschke als Sachbearbeiterin mit je einer halben Stelle zur Verfügung.

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde ein siebenköpfiger Vorstand gewählt. In der konstituierenden Sitzung wurde ich zur

Vorsitzenden, Harald Jörß zum stellvertretenden Vorsitzenden und Dirk Rumpf zum Schatzmeister gewählt. Zum Vorstand gehören außerdem Rosemarie Hein, Arndt Hopfmann, Hendrik Lange und Viola Schubert-Lehnhardt.

Wir freuen uns auf viele interessante Veranstaltungen und Diskussionen.

Angelika Klein

Wir sind erreichbar:

ROSA LUXEMBURG Stiftung Sachsen-Anhalt

Ebendorfer Str. 3

39108 Magdeburg

Tel.: 0391/25191475

Email: info@rosaluxsa.de

Internet: www.rosaluxsa.de

Geschäftsstelle Halle

Blumenstr. 16

06108 Halle an der Saale

Te./Fax: 0345/2025594

Email: gshalle@rosaluxsa.de

Vor 75 Jahren: Von der Halblegalität in die Illegalität

Die anhaltischen Nazis mit ihrer bislang einzigen Nazi-Landesregierung Deutschlands hatten seit dem 30. Januar 1933 eine Nazi-Reichsgewalt hinter sich. Wo blieb jetzt ihre Lüge vom "nationalen Sozialismus" und einer

"Arbeiterpartei"? Schon am 1. Februar wurde das Reichsarbeitsministerium aufgehoben, das einzige Ministerium mit sozialen Aufgaben. Arbeitsrecht, Tarifwesen und andere Bereiche wurden dem Reichswirtschaftsministerium zugegliedert, also das Soziale wurde der Wirtschaft untergeordnet, obwohl es zu dieser Zeit 6 Millionen Arbeitslose gab. In Dessau gab es über 15 000 Arbeitslose, bei einer Einwohnerzahl von rund 85 000. Oberbürgermeister Hesse versuchte die Erwerbslosen zu trösten, dass es in Preußen viel schlechter ginge als in Anhalt.

Ebenfalls am 1. Februar erließ die anhaltische Landesregierung ein Umzugsverbot gegen die KPD. Die KPD befand sich bereits faktisch in der Illegalität, obwohl sie formal erst am 28.2. verboten wurde. Auf der illegalen Tagung des ZK am 7. Februar 1933 in Ziegenhals warnte Ernst Thälmann vor legalistischen Illusionen, er entwickelte die Konzeption des antifaschistischen Kampfes bis hin zum politischen Massenstreik. Dem entsprachen auch Aktionen von Kommunisten in Dessau.

Am 5. Februar 1933 organisierten SPD und "Eiserne Front" einen Umzug vom Tivoli durch die Stadt. 50 bis 60 Angehörige der KPD begleiteten ihn, auch mit Sprechchören. Kripo-Beamte versuchten, die "Hauptschreier" zu verhaften, wurden jedoch von KPD-Mitgliedern angegriffen. Die Kommunisten Lemnitz, Schulze und Rothe wurden deshalb am 10. 4. 1933 zu zwei Jahren und einem Monat, einem Jahr und neun Monaten bzw. einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Landesregierung nahm den Umzug vom 5. 2. zum Anlaß, ein Umzugsverbot auch für die "Eiserne Front" zu verhängen.

Waren unter den Dessauer tonangebenden Nazis Arbeiter? Keineswegs. Keiner einzige kam aus der Gewerkschaftsbewegung. Unter den Nazi-Landtags-Abgeordneten gab es einen einzigen Arbeiter, einen Roßlauer Vorarbeiter.

Im Hause des "Volksblatts für Anhalt" in der Askanischen Straße machten Polizei und Kriminalpolizei am 6. Februar eine Hausdurchsuchung. Die Zeitung konnte aber vorläufig weiter erscheinen, wenn auch mit leeren Stellen. Sie berichtete über Übergriffe der Nazis,

unter anderem über einen Angriff auf den ehemaligen SPD-Regierungspräsidenten Paulick, der verletzt wurde, und über ein nächtliches Nazi-Spektakel vor dem Hause von Seger.

Fast täglich gab es Überfälle auf Dessauer Kommunisten. Die Nazis trauten sich jetzt auch provokatorisch in das Arbeiterviertel um den "Roten Stern". Besonders brutal überfielen Nazis am 15. 2. den KPD-Abgeordneten Max Gehder in der Steinstraße, nachdem er in einer Frauenversammlung gesprochen hatte. Gehder und mehrere Frauen wurden schwer verletzt.

Eine wichtige Veränderung gab es im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Dessau. Am 24. 1. 33 war Dr. Hermann Cohn gestorben, das Urgestein der Dessauer Liberalen, einer der Gründer des "Freistaates Anhalt", Staatsrat

28.2. wurden zahllose Kommunisten verhaftet. Am 28.2. erfolgte durch die Verordnung des Reichspräsidenten "zum Schutz von Volk und Staat" das Verbot der KPD und ihrer Presse.

Die Dessauer Kommunisten waren auf das Verbot vorbereitet. Bereits seit 1929 war der Rote Frontkämpferbund verboten, dem viele der Dessauer Kommunisten angehörten, ebenfalls die Rote Hilfe. Sie hatten ihre Tätigkeit illegal fortgesetzt, Treffs in kleineren Gruppen organisiert, ihre Zeitung verbreitet und ihre Beiträge kassiert. Sie waren daran gewöhnt, beobachtet und verfolgt zu werden und hatten Verhöre und Urteile in Kauf nehmen müssen. Seit Jahren unter der Knute der Polizei, die anfangs von SPD geführt war, ab Mitte 1932 von Nazi-Hofmann, aber noch unter dem liberalen OB, waren sie jetzt der Willkür der Nazis ausgesetzt.

Noch im Januar veranstaltete die KPD auf dem Askanischen Platz (jetzt August-Bebel-Platz) zwei Kundgebungen, auf denen Paul Kmiec sprach. Ende Februar war eine Sitzung des RFB und der RJ im "Roten Stern". Als Referent kam Oskar Müller aus Berlin, Abgeordneter des Preußischen Landtages, zugleich Vertreter dreier illegaler Bezirke. Vorbereitet wurden Aktionen zur Reichstagswahl am 5. März. Die KPD orientierte, auf keine Provokationen hereinzufallen.

Dessauer Genossen führten in Vorbereitung auf die Reichstagswahlen Beratungen in einer Reihe von Orten um Dessau. In Quellendorf leitete Fritz Krüger mit weiteren Dessauer Genossen, die trotz Schneetreiben nach Quellendorf gelaufen waren, eine Versammlung, obwohl sich im gleichen Lokal 30 Landjäger aufhielten. Diese intensive und bereits illegale Arbeit spiegelte sich im Ergebnis der Wahl am 5. März ab: Trotz aller Hetze und Verfolgung konnte die Dessauer KPD nicht nur ihre Stimmenzahl halten, sondern sogar einen Stimmenzuwachs erreichen!

Werner Grossert

Literatur.:

- Bericht des Gen. Fritz Krüger, in: Materialsammlung der Geschichtskommission der KL Dessau der SED, Ordner 18; Volksblatt für Anhalt;
- Horst Engelmann: Sie blieben standhaft, Neuauflage 1983, S. 7 ff.

Epilog

**Ihr aber lemet, wie man sieht, statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch,
aus dem das krochl**

**AUS : BERTOLT BRECHT
„Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“**

a. D., seit einem Menschenalter Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde, ein wichtiger Partner des OB Hesse. Er war führendes Mitglied des "Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", versuchte sich der politischen Entwicklung anzupassen und war ein entschiedener Gegner der Zionisten. Cohn vertrat die Meinung, der Antisemitismus der Nazis sei Propaganda-Getöse und werde schnell vorübergehen. Als sein Nachfolger wurde der Zionist Martin Alterthum gewählt, Direktor des Dessauer Landgerichts. Aus dieser Funktion wurde Alterthum von den Nazis bereits am 1. April entfernt. Die Dessauer Zionisten erkannten besser die Gefährlichkeit des Faschismus. Ihnen ist zu danken, dass viele Juden bereits 1933 Dessau verließen, darunter auch Jugendliche. Ende 1933 übergab Alterthum Akten der jüdischen Gemeinde an das Landesarchiv in Zerbst, weil er Übergriffe der Nazis erwartete.

Am 27. Februar brannte das Reichstags-Gebäude. Bereits in der Nacht vom 27. zum

Dessauer Synagoge und die Trauerhalle auf dem Israelischen Friedhof.

In diesem Jahr, am 18. Februar, jährt sich zum 100. Mal der Tag der Einweihung der letzten jüdischen Dessauer Synagoge.

Jüdische Bürger sind in Dessau seit 1672 ansässig. Den wirtschaftlichen Aufschwung Dessaus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts haben sie durch ihr hervorragendes Wirken im Waren- und Geldverkehr wesentlich mit beeinflusst.

Der jüdische Bankier Moritz Cohn wurde für seine Verdienste als herzoglich-anhaltischer Hofbankier und Hofbankier Kaiser Wilhelm des I. geadelt.

Baron Moritz von Cohn und seine Tochter, die Baronin Julie von Cohn-Oppenheim, hinterließen der Stadt Dessau und der jüdischen Gemeinde je zur Hälfte ein Vermögen von 10 Millionen Mark. Dieses wurde in Stiftungen angelegt.

Um 1900 hatte Dessau ~ 55 Tausend Einwohner, darunter ~ 480 jüdische Bürger.

Durch diese Stiftung konnte sich die kleine jüdische Gemeinde auch den Neubau einer Synagoge leisten.

Eine dementsprechende Ausschreibung gewannen die Berliner Architekten **Prof. Dr. Wilhelm Cremer und Richard Wolfferstein**.

Nach dieser wurde die vierte Dessauer

Synagoge mit dem Gemeindehaus und die Trauerhalle auf dem Israelischen Friedhof, vorwiegend von **Dessauer Handwerkern**, der Vorgängerfirma der heutigen Dessauer Steinmetzwerkstätten, erbaut.



Die Grundsteinlegung der Synagoge war am 14. Mai 1906.

Die Einweihung am 18. Februar 1908

Die neue Dessauer Synagoge mit dem Gemeindehaus galt als eines der schönsten Gebäude der Stadt. Sie standen im Blickpunkt der herzoglichen Schlosskirche.

Die mit dem goldenen Davidstern geschmückte Kuppel war Ausdruck der Emanzipation und Würde der Dessauer jüdischen Gemeinde.

Der große Synagogenraum war traditio-

nell nach Osten gerichtet, wo unter der Kuppel beiderseits Stufen zum Thoraschrein führten. Darüber befand sich die Orgel.

Große Deckenleuchten erhellten den Raum. Von außen fiel Licht durch die Rosetten.

Der Synagogenraum, nach jüdischem Brauch ohne Bilderschmuck, vermittelte Festlichkeit und Würde.

Das Gemeindehaus wurde schon 1907 übergeben.

In ihm wohnte bis 1918 der Kantor und Religionslehrer der Synagoge, Albert Weill mit seiner Familie.

Hier wuchs Kurt Weill auf.

Der Standort der Synagoge war an der Askanischen Straße/Ecke damalige Steinstraße, der heutigen Kantorstraße, in Richtung Mulde.

Eine durch unsere Stadt aufgestellte Stele erinnert an

diesen.

In der „Kristallnacht“ am 9. November 1938 wurde die Synagoge durch SA-Banden, als erste jüdische Synagoge in Deutschland, in Brand gesteckt und völlig zerstört.

Das schon vorher durch die Nazis vom Bahnhofsvorplatz zum israelischen Friedhof verbrachte Denkmal Moses Mendelssohns wurde zerstört, die Trauerhalle in Brand gesteckt und völlig vernichtet.

Werner Bormann

21. Januar 2008 im Landtag

Fraktion DIE LINKE:

Verkehrte Welt in Magdeburg – Rechts darf marschieren, demokratischer Protest wird blockiert.

Zu den Vorgängen um die Demonstrationen in Magdeburg am vergangenen Samstag erklärt die innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

Verkehrte Welt in Magdeburg – anders kann man die Vorgänge vom vergangenen Samstag kaum umschreiben. Da können Rechtsextreme ungehindert durch

Magdeburg ziehen, eine demokratische Gegendemonstration wird auf massivste Weise behindert.

Der Innenminister des Landes demonstriert gegen Rechts, die Polizei des Landes behindert demokratischen Protest gegen Rechts.

DIE LINKE nimmt die Kritik des Antifa Infoportals Magdeburg, wie sie heute in einer Pressemitteilung formuliert wurde, sehr ernst. Fragwürdig erscheint uns - auch mit Blick auf Presseberichte - die Einschätzung des Polizeipräsidenten Lottmann, die Polizei

habe einen guten Job gemacht.

„Unter dem Motto „Hingucken!“ und „Einmischen!“ sollen Aktionen und Initiativen für alle Teile der Gesellschaft angeboten werden.“, so ist es in einer Pressemitteilung aus der Staatskanzlei vom 17. Januar 2008 nachzulesen. Die Landesregierung sollte schnell erklären, wie das alles zusammen passen soll.

DIE LINKE erwartet, dass die Landesregierung im Innenausschuss des Landtages umfassend über die Vorgänge informiert, die Fraktion wird dies beantragen.“

Katalog der Grausamkeiten - Zwei Jahre Große Koalition (wird fortgesetzt)

Ein verteilungspolitisches Sündenregister

Die politische Strategie von CDU/ CSU und SPD setzt auf die Vergesslichkeit der Bevölkerung. Pünktlich zur Halbzeit der Großen Koalition und kurz vor bedeutenden Wahlkämpfen bemühen sich beide Koalitionsparteien ihrem Regierungshandeln einen soziale-re Anstrich zu geben: Irgendwann soll das Arbeitslosengeld I länger ausbezahlt werden, irgendwie sollen Postboten in Zukunft eventuell von ihrer Arbeit leben können und auch eine längst überfällige Erhöhung des Kindergeldes wird für das Bundestagswahljahr 2009 nicht mehr ausgeschlossen.

Zwar erinnern sich die meisten Menschen beim Blick in den Geldbeutel zwangsläufig daran, dass CDU/ CSU und SPD ihnen mit der Mehrwertsteuererhöhung tief in die Taschen gegriffen haben. Auch wissen die meisten, dass diese Regierung weiterhin bereit ist, mit dem Börsengang der Deutschen Bahn wertvolles Volksvermögen auf dem Finanzmarkt zu verramschen. Vielen Menschen ist aber schon weniger in Erinnerung, welchen Anteil die Bundesregierung an der Erhöhung der Strom- und Heizkosten hat – durch ihre Unterstützung der großen Energiekonzerne. Und wem ist schon klar, was die Zulassung von „Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen“ (REITs) und die dazu gehörenden Steuergeschenke tatsächlich bedeuten?

Auf den folgenden Seiten wollen wir daran erinnern wie die herrschenden Parteien auf den Gebieten der Wirtschafts- Finanz- und Arbeitsmarktpolitik ganz konkret und immer wieder „von unten nach oben“ umverteilt haben.

Steuerpolitik

1) Wie den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche gegriffen wird:

Mehrwertsteuererhöhung – der erste Wahlbetrug

Betroffen von der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent sind fast alle Waren und Dienstleistungen: von der Handwerkerrechnung, über den Autokauf bis zum Einkauf im Warenhaus. Zwar wird eine Waschmaschine künftig nur zehn bis zwanzig Euro mehr kosten, doch die Kleinbeträge läppern sich: Ein Durchschnittshaushalt mit vier Personen muss mit jährlichen Mehrkosten von mehr als 500 Euro rechnen. Rentnerinnen und Rentner, Studierende oder Hartz-IV-Bezieher profitieren nicht von der im Gegenzug stattfindenden Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat ausgerechnet: Allgemein sind Menschen mit niedrigem Einkommen von dem Mehrwertsteuer-Maßnahmenpaket weitaus stärker betroffen als Menschen, die in besseren Verhältnissen leben. Für alle Haushalte entspricht die Mehrwertsteuererhöhung eine Einkommensenkung, weil die Kosten steigen – dabei werden die Einkommen des oberen Zehntels der Einkommensempfänger um 0,6 Prozent, die des unteren Zehntels aber um 1,4 Prozent verringert (»Frankfurter Rundschau«, 25.11.2005).

Mehrbelastung laut Bundesregierung: rund 22 Milliarden Euro (davon werden 7,5 Milliarden Euro für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet).

Normalverdiener müssen zahlen: Entfernungspauschale, Arbeitszimmer, Sparerfreibetrag

Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sollen für Entfernungen bis 20 Kilometer nicht mehr als Werbungskosten oder Betriebsausgaben steuerlich absetzbar sein. Eine ledige Pendlerin mit einem durchschnittlichen Einkommen, die 30 Kilometer Fahrweg zur Arbeit hat, muss rund 400 Euro mehr Einkommensteuer im Jahr zahlen.

Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer werden nur noch als Werbungskosten oder Betriebsausgaben berücksichtigt, wenn das Arbeitszimmer der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit ist. Betroffen davon sind zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Menschen, die überwiegend außer Haus arbeiten, aber ein häusliches Arbeitszimmer benötigen, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Das sind zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter.

Der Sparerfreibetrag wird von 1.370 Euro (Ledige) und 2.740 Euro (Verheiratete) auf 750, beziehungsweise 1.500 Euro gesenkt. Dadurch wird auch die private Altersvorsorge bestraft - und das in Zeiten, in denen die gesetzliche Altersvorsorge immer weiter abgebaut wird.

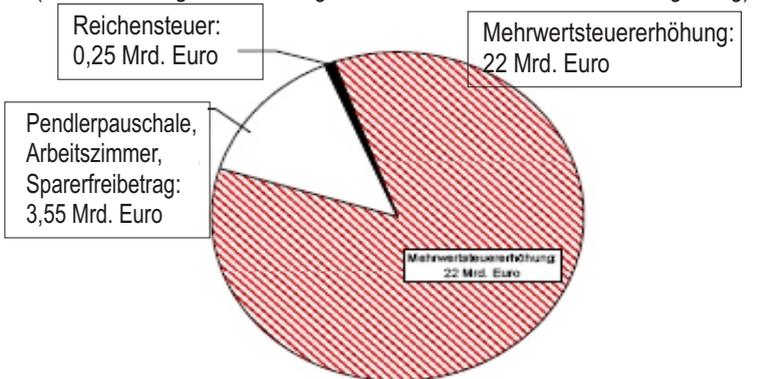
Mehrbelastung laut Bundesregierung: **2,5 Milliarden Euro** (Entfernungspauschale), **300 Millionen Euro** (Arbeitszimmer), **750 Millionen Euro** (Sparerfreibetrag).

Die „Reichensteuer“: Gutverdiener werden verschont

Hinter dem Etikett „Reichensteuer“ verbirgt sich eine Anhebung des Einkommensteuer- Spitzensatzes von 42 Prozent auf 45 Prozent für Einkommen ab 250.000 Euro bei Ledigen und 500.000 Euro bei Verheirateten. Weil Gewinneinkünfte ausgenommen sind, werden faktisch nur einige wenige Top Angestellte die „Reichensteuer“ zahlen müssen. Selbst für die macht die Erhöhung auf 45 Prozent nicht einmal die Steuersenkungen der letzten Jahre wett im Jahr 2000 lag der Spitzensteuersatz noch bei 51 Prozent. Deswegen bringt die „Reichensteuer“ kaum Geld in die öffentlichen Kassen, verglichen z.B. mit den Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung oder der Kürzung der Pendlerpauschale. Die „Reichensteuer“ sei „Symbolpolitik“, gab selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos zu soziale Ausgewogenheit soll nur vorgegaukelt werden.

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 250 Millionen Euro.

Normalverdiener müssen zahlen, Reiche werden verschont (Mehrbelastungen durch ausgewählte Maßnahmen der Bundesregierung)



Zeitbezüge:

01. bis 03. 02. 1918 Matrosenaufstand in Cattaro
- 01.02.1933 Reichspräsident Hindenburg löst den Reichstag auf. Die Neuwahlen werden auf den 05. 03. 1933 angesetzt.
- 01.02.1958 Den USA gelingt mit einer Jupiter-C-Rakete der erste erfolgreiche Start eines Satelliten.
- 02.02.1933 Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin, des Sitzes des ZK der KPD, durch die Politische Polizei.
Demonstrationsverbot für die KPD u. a. in Anhalt.
- 03.02.1933 Hitler spricht zu den Befehlshabern des Heeres u. der Marine üb. die Hauptaufgaben des Nazi-Regimes.
- 04.02.1933 Hindenburg erlässt die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes«. Diese Notverordnung stellt jede Kritik an der Naziregierung unter Strafe u. drängt damit die KPD faktisch in die Illegalität.
- 06.02.1958 Das ZK der SED schließt Karl Schirdewan, Ernst Wollweber u. Fred Oelsner aus dem Politbüro aus. Sie hatten Walter Ulbrichts ungenügende Abkehr vom Stalinismus kritisiert.
07. (od. 10.02.) 1933 Reichsfunktionärskonferenz der KPD im Sporthaus Ziegenhals in Niederlehme bei Berlin.
- 10.02.1978 Um das lädierte Verhältnis zur Mutterspartei SPD zu kitten, wählen Jungsozialisten auf ihrem Bundeskongress den Hannoveraner Gerhard Schröder zum neuen Vorsitzenden. Er galt als »Mann der Mitte« u. blieb dies auch.
- 11.02.1958 Die Volkskammer der DDR beschließt das Gesetz über die Vereinfachung u. Vervollkommnung des Staatsapparates.
- 12.02.1933 »Eislebener Blutsonntag«. Naziterror gegen Kommunisten.
- 13.02.1933 Gemeinsamer Aufruf der Komm. Parteien Deutschlands, Frankreichs u. Polens zum internationalen Kampf gegen den Faschismus u. zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront.
- 14.02.1958 Den vier Großmächten u. weiteren Staaten wird der Plan des poln. Außenministers Rapacki für eine atomwaffenfreie Zone in Europa übergeben.
- 17.02.1933 »Schießerlass« Görings als preußischen Innenminister, der Polizei verpflichtet, gegen Nazigegner mit der Schusswaffe vorzugehen.
- 18.02.1908 Einweihung der neuen (vierten) Dessauer Synagoge in der Steinstraße. In der Nacht vom 9. zum 10. Nov. 1938 wird sie von Nazis zerstört.
- 20.02.1933 Auf Vorschlag H. Schachts stellen die Friedrich Krupp AG, die IG Farbenindustrie AG, die Vereinigt Stahlwerke AG u. a. Monopolunternehmen der NSDAP u. der DNVP eine Summe von 3 Mill. RM für die Bekämpfung der KPD zur Verfügung.
- 22.02.1848 Beginn der Februarrevolution in Frankreich.
- 22.02.1933 Göring setzt die bewaffneten SS-, SA- u. Stahlhelm-Formationen in Preußen als Hilfspolizei ein.
- 23.02.1918 Gründung der Roten Armee in Sowjet-Rußland.
- 23.02.1933 Besetzung und Schließung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin.
- 24.02.1848 In London erscheint das »Manifest der Komm. Partei« von Marx in deutscher Sprache.
- 26./27.02.1933 Die letzte legale Nummer des Zentralorgans der KPD »Die Rote Fahne« erscheint. Sie wurde ab März illegal gedruckt.
- 27.02.1933 In Berlin brennt der Reichstag.
- 28.02.1933 Notverordnung »Zum Schutz von Volk und Staat«. Die bürgerlichen Rechte werden weitgehend außer Kraft gesetzt. Die KPD wird in die Illegalität getrieben, aber nicht verboten.

A. K.

Anmerkung zu den Zeitbezügen:**1.- 3. Februar 1918 Matrosenaufstand in Cattaro**

Eine Kundgebung war geplant, doch es wurde eine Erhebung gegen den Krieg: Drei Tage wehte über den Flotteneinheiten im österreichisch-ungarischen Kriegshafen von Cattaro die rote Fahne. Auf 40 Schiffen hatten sich 6000 Matrosen verschiedener Nationalitäten des Vielvölkerstaates erhoben. Sie verbrüderten sich mit den streikenden Hafendarbeitern u. wählten einen zentralen Matrosenrat. Die Aufständischen forderten

sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen u. Kontributionen, demokratische Regierungen für Österreich u. Ungarn sowie das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker der reichen Donaumonarchie u. schließlich menschenwürdige Bedingungen an Bord.

Das Flottenkommando befürchtete, die »Meuterei« könne das Signal zur Revolution werden u. wahrte strengstes Stillschweigen darüber. Mit Lüge und Betrug gelang es ihm, den Aufstand niederzuschlagen, die Matrosen zur Kapitulation zu zwingen. Die

Standgerichte wüteten: 800 Aufständische kamen ins Gefängnis. Die Militärjustiz fällte 4 Todesurteile, die ein Erschießungskommando am 11. 02. an einer Friedhofsmauer bei Cattaro vollstreckte.

Erst im Oktober 1918 kamen diese Ereignisse im Wiener Reichstag zur Sprache. Friedrich Wolf setzte den Aufständischen 1930 in seinem Drama »Die Matrosen von Cattaro« ein Denkmal.

3. und 4. Februar 1933 Hauptaufgabe des Naziregimes

Hitler nennt am 03. 02. vor Befehlshabern des Heeres u. d. Marine als Hauptaufgabe seines Regimes die »Ausrottung des Marxismus«, »den Kampf gegen Versailles« u. die »Eroberung neuen Lebensraumes im Osten«. Am folgenden Tag erließ Hindenburg

die berüchtigte »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes«, die jede Kritik an der Naziregierung unter Strafe stellte.

Hitler hatte ferner in seiner Rede gefordert, die »Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln« sowie den Aufbau der Wehrmacht (allgemeine Wehrpflicht).

Die am 04. 02. erlassene Verordnung verfügt ferner ein Versammlungs- u. Presseverbot, welches sich vorwiegend gegen proletarische Kräfte richtet. Dadurch wird die KPD faktisch in die Illegalität getrieben. Eine aktive Beteiligung am Reichswahlkampf sollte damit ausgeschlossen werden.

Fortsetzung Seite 9!

Anmerkungen zu den Zeitbezügen: Fortsetzung von Seite 8

7. (oder 10.) Februar 1933 Thälmanns letzte Rede

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann orientierte auf der Reichsfunktionärskonferenz im Sportheim Ziegenhals (sog. Zeuthener Tagung) vor rund 40 Teilnehmern die Partei auf den schwierigen Übergang zum illegalen Kampf, den die Errichtung der Nazi-Diktatur erforderlich machte. Trotz illusionslosen Herangehens an den absehbaren Terror folgte er den Fehleinschätzungen der Komintern u. sah das »Heranreifen der revolutionären Krise in Deutschland bereits soweit gediehen, dass verhältnismäßig kleine Ereignisse rasch eine stürmische Beschleunigung der revolüt. Entwicklung hervorrufen können«.



Sportheim Ziegenhals bei Zeuthen, Tagungssaal der illegalen Besetzung des ZK der KPD, 7. Februar 1933

Thälmann formulierte als nächste Aufgaben die Schaffung einer antifaschistischen Aktionseinheit mit der SPD u. Gewerkschaften sowie »die Entfaltung aller Formen des Klassenwiderstandes«. Sein Hinweis, dass der Sturz des Hitlerkabinetts u. der Sieg der proletarischen Revolution nicht unbedingt ein u. dasselbe sein müssen, spiegelte gewisse Einsichten wider. (Bild: Sportgaststätte Ziegenhals)

12. Februar 1933 Eisleben: Terror gegen Kommunisten

Die KPD erhöhte auch im Mansfelder Land zu Beginn der 30-er Jahre ihr Ansehen unter den Arbeitern. Folglich stiegen die Mitgliedszahlen an. Die KPD wurde hier so stark wie keine andere Partei.

Da die Faschisten sahen, dass sie nur über einen relativ geringen Einfluss verfügten, setzten sie nach dem 30. 01. 33 auf brutale Gewalt, um die kommunistische Hochburg im Mansfelder Land zu zerschlagen.



Überfall der Faschisten am 12. Februar 1933 auf die Turnhalle in Eisleben

Am 12. 02. 1933 rotteten sich in Eisleben etwa 700 Nazis mit scharfgeschliffenen Spaten, Totschlägern und Armeerevolvern bewaffnet zusammen u. zogen unter dem Schutz der Polizei zur Ludwig-Jahn-Sporthalle. Am Vormittag hatten dort Genossen der KPD gemeinsam mit dem Sekretär der Bezirksleitung Halle-Merseburg, Bernhard Koenen, getagt.

Als die SA- u. SS-Leute die Turnhalle stürmten, waren etwa 60 Arbeiterkinder versammelt, die sich einen Lichtbildervortrag anschauen wollten. Mit größter Brutalität gingen die Nazis vor. Kinder wurden durch Schüsse verletzt. Genossen, die sich nur mit Turnkeulen verteidigen konnten, wurden die Finger abgeschlagen. Drei Kommunisten brachen unter dem Kugelhagel tot zusammen. Walter Schneider rief den Mördern noch zu: »Schlagt doch nicht, wir sind doch auch nur Arbeiter wie ihr«.

Angesichts dieser faschistischen Provokation und den folgenden Verhaftungen ruft das ZK der KPD erneut zur Herstellung der Einheitsfront auf. (Bild: Überfall in Eisleben)

23. Februar 1918 Gründung der Roten Armee

Die Rote Armee wurde in Sowjet-Rußland am 23. 02. 1918 gegrün-

det. Nach dem Vorbild der 1917 entstandenen Arbeitermilizen formierte Leo Trotzki die Streitkräfte. Diese dienten den Bolschewiki zum Schutz des Landes gegen innere u. äußere Gegner. Davon standen ihnen genug gegenüber. Im Bürgerkrieg mussten sie sich der »Weißen« Truppen erwehren, die mehrheitlich aus Anhängern des russischen Zaren bestanden. Doch die »Roten« besiegten die »Weißen« u. die ausländischen Interventen. In den stalinistischen Säuberungen um 1937 verlor die Rote Armee das mittlere u. höhere Führungskorps.

23. Februar 1933 Schließung des Karl-Liebnecht-Hauses

Am 23. 02. 1933 wurde das Karl-Liebnecht-Haus, Sitz des ZK der KPD, von den Nazis besetzt, durchsucht u. geschlossen. Alle aufgefundenen Materialien für die Vorbereitung der Wahlen am 05. 03. wurden willkürlich beschlagnahmt u. der Druck der »Roten Fahne« verhindert.



Polizei durchsucht das Karl-Liebnecht-Haus, den Sitz des ZK der KPD, 23. Februar 1933

Am selben Tag fand im Berliner Sportpalast, der trotz aller Polizeischikanen überfüllt war, eine Wahlkundgebung der KPD statt. Wilhelm Pieck entlarvte die Demagogie der Faschisten u. forderte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf zur Verteidigung ihrer Organisationen u. ihrer Rechte. Die Polizei löste die Versammlung auf. (Bild: Nazipartei im Sitz des ZK der KPD)

17. Februar 1933 Reichstagsbrand

Im Berliner Reichstag bricht am Abend kurz nach 21 Uhr des 27. 02. ein Feuer aus. Der an verschiedenen Stellen gelegte Brand verwüstet den Plenarsaal u. einen Vorraum, das übrige Gebäude wird jedoch kaum in Mitleidenschaft gezogen. Die sogleich an der Brandstelle eingetroffenen Naziführer Hitler, Goebbels u. Göring beschuldigten die Kommunisten, den Brand gelegt zu haben. Hitler erklärt den Brand als »ein von Gott gegebenes Zeichen«, um die Kommunisten »mit eiserner Faust zu vernichten«. Bereits in der Nacht zum 28. 02. werden allein in Berlin 1500 KPD-Mitglieder verhaftet u. in ganz Deutschland 5000 Oppositionelle.



Der Reichstag brennt, 27. Februar 1933

Die Brandstiftung lieferte auch den Grund für den Erlass der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. 02. 1933. Durch sie wurden die wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Hitler erhielt Sondervollmachten zum »Schutz von Volk und Staat« u. zur Bekämpfung »hochverräterischer Umtriebe«. (Bild)

(Der niederländische Linksradikale Marinus van der Lubbe wird am 33. 12. 1933 wegen Hochverrats u. Brandstiftung in Leipzig zum Tode verurteilt u. hingerichtet. Am 06. 01. 2008 stellte die Bundesanwaltschaft fest, die Hinrichtung am 10. 01. 1934 in Leipzig war Unrecht. Das Todesurteil wurde aufgehoben!)

A. K.

Herzlichen Glückwunsch



Herzliche Glückwünsche
allen Genossinnen und
Genossen, die im Februar
2008 ihren Geburtstag
begehen!

Vor allem gehen
Glückwünsche an die
Genossinnen und Genossen
Elfriede Bahn,
zum 85.,
Hans Stitterich,
zum 80.,
sowie den Genossen
Horst Gröbl,
zum 70. Geburtstag.

DIE LINKE

Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Tel.: 0340-2508570

DIE LINKE Stadtverband
Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon: 0340-2201950
E-Mail:

die_linke_dessau-rosslau@t-online.de

Sprechzeiten:

Mo. bis Do.: 14.00 - 18.00 Uhr
Freitag: 14.00 - 16.00 Uhr
sonst nach Vereinbarung.

Fraktion der Partei *DIE LINKE*
im Stadtrat Dessau-Roßlau
Kontaktadresse

Alte Mildenseer Straße 17

Tel./Fax: :0340 / 2203260/1

E-Mail:

pdsfraktiondessau@datel-dessau.de

Termine für Februar 2008:

- Mo., 05. Feb., 16.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Öfftl. Mitgliederversammlung BO Nord/Wal-
dersee, Thema: Nach den Wahlen in Hessen
und Niedersachsen
- Di., 05. Feb., 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Beratung der AG Senioren
- Sa., 09. Feb., Wörlitz:
Klausur der Fraktion DieLinke.
- Di., 12. Feb., 16. 00 Uhr, Gaststätte Sportheim Kienfichten:
Öfftl. Mitgl.-Vers. zum Thema: Arbeitsplan für
das Jahr 2008, Gast: Vors. d. Stadtvorstandes,
Gen. Hans Thomas
- Di., 12. Feb., 18.30 Uhr, Jugendherberge Ebertallee:
Beratung des Dessauer Bündnisses gegen
Rechtsextremismus
- Do., 14. Feb., 17.00 Uhr, Meisterhäuser:
Neujahrsempfang der Fraktion DieLinke.
- Do., 21. Feb., 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Redaktion "Typisch"
- Do., 21. Feb., 19.00 Uhr Geschäftsstelle Karlstraße:
Stadtvorstand
- So., 24. Feb., **Landtagswahl in Hamburg**
- Mo., 25. Feb., 8.30 Uhr Geschäftsstelle Waldersee:
Freundeskreis Stadtwerke und
Hartz IV aktuell
- Do., 28. Feb., 17.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Beratung der BO-Vorsitzenden
- Fr., 29.Feb. bis 09. März Dessauer Kurt-Weill-Fest

Information zum Internationalen Frauentag 2008

Die Veranstaltung "DamenWahl und MännerMacht !?!"

ist ein Gemeinschaftsprojekt der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen Anhalt, dem Landesfrauenrat, FrauenOrte, DIE LINKE Stadtfraktion Merseburg. Veranstaltungsort ist der Schlossgartensalon in Merseburg. Der Tag ist selbstverständlich unser Frauentag.

Geplant sind Gesprächsrunden, Unterhaltung, die Benutzung des Cafe's und - wenn dann schon Frühling ist - ein Spaziergang im Schlossgarten.

In unserer Märzzeitung veröffentlichen wir den Ablauf des Tages.

Vielleicht kann ein Sammelticket benutzt werden, vielleicht finden sich einige reisefreudige Frauen. Merseburg ist nicht weit.

Renate Grossert

TYPISCH links

Redaktionsschluss für die
Typisch März 2008
ist Donnerstag der
21. Februar 2008

Herausgeber: Stadtvorstand DIE LINKE
Dessau-Roßlau
Redaktion : D. Schulze, E. Rudolf,
C. Rasch, T. Kasper
Druck: -dte Gölzau
Preis: Spende